



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Neue Parteibildungen in Österreich.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

sondern für das der Kleinen, Armen und Verdenden! Wo die Kommerzienräte zu Hause blieben und die Fabrikarbeiter zum Festessen gingen! wo die Konzerte und dramatischen Aufführungen von den Reichen bezahlt und von den Armen besucht würden! wo jeder, der eine Batterie Champagnerflaschen auf-fahren lassen kann, den Champagner seinen Beruf verfehlen ließe und sich über-legte, ob er nicht einen strebsamen, armen Jungen kennt, den er zu seinem wahren Berufe verhelfen könnte!

Saxo Grammaticus.



Neue Parteibildungen in Österreich.



as Ausland wird in vielen Beziehungen über die verwickelten Verhältnisse Österreichs entweder unrichtig, ungenügend oder gar nicht belehrt. Selbst in Deutschland, mit dem Österreich auch in geistiger Hinsicht den regsten Verkehr unterhält, wird die Bevölkerung nicht immer gehörig unterrichtet. Der Hauptgrund dieses Übelstandes liegt darin, daß in Österreich die einflußreichsten Zeitungen nur einer einzigen, nämlich der sogenannten liberalen Partei, dienen, und im Interesse dieser Partei die Thatsachen färben oder auch totschweigen. Da nun hauptsächlich, wenn nicht ausschließlich, eben diese liberale Presse auch in Deutschland Zutritt erhält und Verbreitung findet oder doch dafür sorgt, daß in den Blättern Deutschlands Berichte und Erörterungen nur ihrer Färbung angenommen werden, so erscheint es begreiflich, daß das deutsche Publikum vor falschen Vorstellungen über die österreichischen Zustände nicht bewahrt wird. Ja in Österreich selbst werden die von den Mittelpunkten abseits liegenden Bevölkerungen nicht selten durch Thatsachen überrascht, von deren Vorbereitung sie keine Ahnung hatten. Die Ursache liegt wieder in der Einseitigkeit und in der Mangelhaftigkeit der Berichte, die von der erwähnten Presse ausgehen. Das charakteristischste Beispiel einer solchen Überraschung bot der Ausfall der vorjährigen Reichsratswahlen für die Residenzstadt Wien selbst. Die liberale Partei verlor scheinbar über Nacht vier Sitze, und die liberale Presse geriet in die größte Verlegenheit, wie sie dem In- und Auslande diese Überraschung erklären sollte, von deren Vorböten sie bis dahin nicht die geringste Erwähnung gethan hatte. In Wahrheit lag in dieser Niederlage der liberalen Partei gar nichts unerwartetes; denn es war Thatsache, daß totgeschwiegene Vereine und Versammlungen längere Zeit ihre Thätigkeit in der Richtung entfaltet hatten, in welcher sie für die Fernerstehenden zu so unverhofften Ergebnissen gelangten.

Nach dieser allgemeinen Bemerkung wird man es erklärlich finden, daß in Österreich auch neue Parteien entstehen können, ohne daß über die Ursachen solcher Bildungen genügende oder richtige Aufschlüsse gegeben werden. So wurde denn auch über den neugeschaffnen „Deutschen Klub“ im Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichsrates von den liberalen Zeitungen ein falsches Licht verbreitet, und selbst gegenwärtig wird das Publikum über die Ziele jenes Klubs im Irrtume gelassen und auch absichtlich zu irrigen Vorstellungen geführt. Um wie viel größern Entstellungen und Verdrehungen sind erst jene Parteigruppen in Österreich ausgesetzt, welche andern Nationalitäten angehören! Wenn schon die Deutschen, welche der liberalen Partei nicht durchgehends zu Diensten stehen können, vor den Werkzeugen dieser Partei nicht geschützt sind, so erscheinen die Slawen in dieser Hinsicht in buchstäblichem Sinne ausgeliefert. Gerade die slawischen Volksstämme Österreichs haben keine gemeinsame Zeitung, obgleich die Prager „Politik“ fälschlich dafür ausgegeben wird. Dieses Blatt vertritt gegenwärtig nichts mehr und nichts weniger als die Politik des böhmischen Klubs und allenfalls die Richtung jener slawischen Abgeordneten, welche mit diesem Klub einigermaßen gleiche Wege gehen. Das Prager Blatt hat aber, ganz abgesehen von andern Slawen, nicht einmal das böhmische Volk für sich; denn das letztere stimmt zum großen Teile mit ihm durchaus nicht überein. Die übrigen Slawen Österreichs sind durch gar kein großes Blatt weder im In- noch im Auslande vertreten, sie bleiben dem Belieben der herrschenden liberalen Presse überlassen. Man hat daher volles Recht zu der Annahme, daß insbesondere über die Bewegungen und Absichten der Slawen Österreichs im Auslande und besonders auch in Deutschland die unrichtigsten Vorstellungen verbreitet werden.

Soweit sich die Slawen in den parlamentarischen Vertretungen äußern können, kann allerdings auch das Ausland davon Kenntnis erhalten. Man muß jedoch bedenken, daß z. B. im Budapester Reichstage die Slawen nur zum geringsten Teile vertreten sind, und daß selbst im Reichsrate in Wien die slawischen Vertreter nur den Willen von Bruchteilen der von ihnen vertretenen Volksstämme zum Ausdruck bringen; dann wird man sich nicht darüber wundern, daß Über- und Unterströmungen auch gewichtiger Art dem allgemeinen Publikum des In-, noch mehr aber des Auslandes vollständig unbekannt bleiben.

Thatsächlich bestehen in Österreich neue Strömungen und Richtungen unter den verschiedenen Volksstämmen. Will man aber diese neuen Bewegungen und Ansätze zu neuen Parteigebilden richtig erfassen, so muß man die Beschaffenheit der bisherigen Parteien im Auge behalten. Die sogenannte liberale Partei, welche sich längere Zeit hindurch den Namen Verfassungspartei beilegte und zuletzt als Reichsratslinke par excellence die verschiedenen Schattirungen der deutschen Volksvertreter aufs innigste vereinigt zu haben glaubte, war stets eins mit denjenigen Interessen, welche dem Kapital dienen. Sie wurde von

ihren Gegnern nicht bloß die kapitalistische oder manchesterliche Partei genannt, sondern sie vertrat auch wirklich die österreichischen Bourgeois im Gegensatz zu allem übrigen. Deshalb kümmerte sie sich auch nicht darum, die Nationalitätenfrage zu lösen, am allerwenigsten aber darum, die bis dahin in ihrer nationalen Entwicklung zurückgebliebenen kleineren Volksstämme zu befriedigen. Was sie in dieser Hinsicht that, ließ sie sich durch Förderung ihrer spezifisch materiellen Bestrebungen reichlich vergüten. Wie sie auch die deutsche Nationalität aus diesem Grunde nicht schützte, beweist ihr Verhalten den Italienern Südtirols und auch andrer Länder gegenüber, die sich auch auf Kosten der Deutschen verbreiten durften, wenn sie der Partei nur sonst im kapitalistischen Sinne zum Vorteile gereichten. Aus denselben Beweggründen lieferte die Partei auch die Deutschen Ungarns aus, indem sie nicht nur in den Dualismus einwilligte, sondern auch gegenwärtig kein Wort des Bedauerns angesichts der Thatsache hat, daß die Deutschen neben andern Völkern von den Magyaren mit allen Mitteln unterdrückt und entnationalisiert werden. Aus einem solchen Verfahren und Verhalten einer Partei, welche jahrelang auch formell das Staatsruder lenkte, läßt sich leicht erklären, daß die allgemeinen staatswirtschaftlichen Interessen vernachlässigt, sowie die Bestrebungen der einzelnen Volksstämme zurückgedrängt wurden.

Nach der Herrschaft der Bourgeois mußten notwendigerweise entgegengesetzte Strömungen an die Oberfläche gelangen. Die Feudalen waren für sich nicht mächtig genug, fanden jedoch eine willkommene Stütze an den Vertretern der bis dahin vernachlässigten Nationalitäten. Die kapitalistische Partei blieb auf diese Weise in der Minderheit, aber in ihrer Presse noch immer stark genug, die Mehrheit der Deutschen an ihre Seite heranzuziehen. Auf der linken Seite des Reichsrates blieben also die Bourgeois, auf der andern Seite vereinigten sich die Feudalkonservativen mit den Volksvertretern der nichtdeutschen Nationalitäten. Somit erschienen zwar auf der linken Seite fast alle Deutschen, die mithin einen nationalen Gegensatz zu den übrigen Volksstämmen auf der Rechten bildeten; allein dieser Gegensatz trug auch noch einen andern, nämlich den der Bourgeois gegen den Grundadel und Großgrundbesitz auf der Rechten, in sich. Diejenigen Deutschen, welche aus rein deutschen Ländern entsendet wurden und konservative Interessen zu verfechten hatten, sahen ein, daß die nationale Frage für sie ohne Belang sei, und schlossen sich demnach, nicht im Gegensatz zum Deutschtum, sondern im Gegensatz zu den Bourgeois, der Rechten an.

Die nichtdeutschen Vertreter hatten in erster Reihe nationale Interessen zu verfolgen; sie vereinigten sich also zunächst unter einander und dann ebenfalls mit den Konservativen. Das konnten sie umso leichter thun, als unter ihnen die Großindustriellen und Großhändler, also die Bourgeois, überhaupt nicht zu suchen sind. Dies ist in dem Grade wahr, daß noch unlängst ein ernstes, hochpolitisch angelegtes Blatt es bedauerte, daß auf der Rechten kein

Sachverständiger zu finden sei, der die Steuerfrage für die Börse gründlich behandeln könnte.

Nach alledem konnte auch das Programm der nun folgenden Taaffeschen Regierung kein anderes sein, als die von der kapitalistischen Linken im Argen gelassene volkswirtschaftliche Seite zu heben und für die nichtdeutschen Nationalitäten eine Verständigung zu erzielen. Was die Staatswirtschaft betrifft, so wurden unter Taaffe mitunter sehr wichtige Fragen in Angriff genommen und auch mit Hilfe der Rechten mehr oder weniger glücklich gelöst. Diese Art der Hebung rein nationalökonomischen, insbesondre auch staatsfinanziellen Charakters brachte die Regierung, sowie die Rechte in einen noch stärkern Gegensatz zu der manchesterlich-liberalen Linken, als er ohnehin schon von Anfang an vorhanden war. Es gab Regierungsvorlagen, die in dem Grade den allgemeinen Wohlstand ins Auge faßten, daß ihnen keine Partei grundsätzlich hätte gegenüberreten dürfen; die Linke that es dennoch und erntete dafür die Bezeichnung der „faktiösen Opposition“ ein.

Eine solche, man könnte sagen blinde Opposition konnte nicht verfehlen, diejenigen deutschen Mitglieder der Linken, die sich aus wirklichem Liberalismus oder aus dem Bestreben nach einer ungeschmälerten Herrschaft der *κατ' εὐχὴν* deutschen Partei an die Kapitalisten angeschlossen hatten, unzufrieden zu machen. Sie fingen nach und nach an, bedenklich zu werden, und entpuppten sich zuletzt als Männer, die die verderblichen Seiten der Kapitalistenpartei bloßzulegen und zu bekämpfen suchten. Anfangs fanden nur wenige den Mut, hervorzutreten; aber diese wenigen hatten das Bewußtsein, stille Anhänger zu besitzen, und sie waren es, welche den Keim zu jenem Klub legten, welcher bei Eröffnung der eben begonnenen Legislaturperiode schon verhältnismäßig kräftig hervorgetreten ist.

Dieser Klub mußte sich von der bisherigen vereinigten Linken als ein selbständiges Gebilde abtrennen, wenn er nicht in volkswirtschaftlicher Beziehung unrichtige Wege wandeln wollte. Der zurückgebliebene*größere Rest der Linken nahm nunmehr den Namen eines „Deutsch-österreichischen Klubs“ an und verfolgt in nationaler Richtung wesentlich dieselben Ziele, wie der deutsche Klub selbst, im übrigen aber gehen beide Abteilungen selbständig ihre eignen Wege. Der deutsche Klub muß grundsätzlich seine Selbständigkeit wahren, denn sonst müßte er in volkswirtschaftlichen Fragen, die in der Interessensphäre der kapitalistischen Partei liegen, unter der Stimmenmehrheit des jene Partei vertretenden deutsch-österreichischen Klubs regelmäßig unterliegen.

So sehen wir denn und werden es noch weiterhin öfters erleben, daß der deutsche und der deutsch-österreichische Klub bald zusammen, bald auseinander gehen. Das ist nach den teils verschiedenen, teils wiederum gleichen Zwecken ihrer Zusammensetzung ganz natürlich, und das Wiener Hauptorgan der Bourgeois sollte sich daher garnicht verwundert stellen, wenn beispielsweise der deutsche Klub das Branntweinmonopol auch für Österreich beantragt und hierfür

die Zustimmung der Rechten, sowie der Regierung aller Wahrscheinlichkeit nach erlangen wird.

Wenn die Parteien konsequent bleiben, so wird der deutsche Klub, mit oder ohne Absicht der Regierung, in vielen von der Einseitigkeit freien volkswirtschaftlichen Fragen gemeinsam mit der Rechten vorgehen, und es ist eine solche Übereinstimmung bei sonstigen nationalen Gegensätzen schon in der nächsten Zeit zu gewärtigen.

Man sieht auch, daß der deutsche Klub weiß, was er will, und wenn die Organe der deutsch-österreichischen Partei die Abtrennung des deutschen Klubs als eine Überflüssigkeit hinstellen oder letzterm gar die „schärfere Tonart“ vorwerfen, so vermengen sie hierbei das rein Nationale mit dem Volkswirtschaftlichen oder suchen vielmehr eine der wichtigsten mitbestimmenden Ursachen zur Bildung einer eignen Partei auf der Linken gänzlich zu verwischen. Gerade in der Bekämpfung der Manchesterpartei und der in ihrem Gefolge großgezogenen Verderbnis in materieller, geistiger und insbesondere in der allgemeinen Kulturrichtung hat der deutsche Klub eine der Hauptursachen für seine Zukunft zu suchen, da ihm von allen Nationalitäten schon allein aus diesem Grunde Anhänger erwachsen werden. Der Vorwurf aber, mit welchem man die „schärfere Tonart“ des deutschen Klubs treffen will, fällt zum großen Teile auf die Partei des deutsch-österreichischen Klubs selbst zurück, dessen Zeitungen nicht müde werden, die nationalen Gegensätze zu nähren und zu steigern. Die Deutschen im allgemeinen und noch mehr der deutsche Klub müssen selbst zu der Meinung gelangen, es sei notwendig, die bisherige „Tonart“ zu erhöhen. Und da der deutsche Klub, wie er es selbst betont, nicht zu heucheln versteht, so tritt er so auf, wie es seinen frischen Kräften entspricht. Doch haben wir uns vorläufig mit der Erklärung der volkswirtschaftlichen Bestrebungen des deutschen Klubs zu begnügen; seine stärkere Anspannung in nationaler Hinsicht bedarf noch einer besondern Auseinandersetzung, die uns zu den Zuständen und Verlegenheiten im Hinblick auf die nationale Gleichberechtigung, sowie zu den Durchführungsversuchen der letztern in Österreich überhaupt führen soll.

Wie schon erwähnt, besteht der eigentliche Gegensatz im österreichischen Abgeordnetenhaufe nur zwischen den Bourgeois auf der Linken und den Feudalkonservativen auf der Rechten. Die erstern können die verlorene Herrschaft im Parlamente aber nur durch die Besiegung nicht der Konservativen, sondern der Gesamtheit der Nichtdeutschen erringen. Im Grunde genommen stehen nämlich der Hauptpartei der Opposition nicht solche Gruppen als Hindernis im Wege, deren materielle Interessen den ihrigen entgegengesetzt sind, sondern nationale Gruppen der nichtdeutschen Völker. Daher verlegt sich die Partei des modernen Kapitals nicht so sehr auf die Bekämpfung der Feudalen oder überhaupt Konservativen, sondern der nichtdeutschen Volksstämme. Dieser Partei liegt es also vor allem daran, die Deutschen und die übrigen Nationalitäten in möglich großen Gegensatz zu bringen, und

da sie die Presse des In- und Auslandes für ihre Zwecke beherrscht, so hat sie ihre Hauptabsichten unter dem Vorwande des Kampfes für die deutschen Interessen auch wirklich in hohem Grade gefördert, obgleich sie gegenwärtig über den Verlust ihrer parlamentarischen Herrschaft trauern muß. Würde es hingegen dem deutschen Klub gelingen, mit der Rechten irgend eine Verständigung zu erzielen und die Führung zu erringen, so würde dieselbe manchesterliche Partei sogleich nicht mehr den Vorwand des Kampfes für das Deutschtum bei der Verfechtung ihrer Sonderinteressen benutzen können, sondern sie würde dann ihr altes Schlagwort des Liberalismus im Gegensatz zur Reaktion wieder hervorsuchen.

Daraus ersieht man, daß die Nationalitäten in Osterreich von einer mächtigen Partei je nach deren jeweiligem Bedürfnisse, das sich nach verschiedenen Konjunkturen ändert, bald so, bald anders ausgespielt werden, und es ist ebenso begreiflich, daß diese verschiedenen Nationalitäten in ihrem reinen Interesse ohne Einmischung dieser in ihrem Wesen national farblosen Partei viel schneller zu einer Verständigung gelangen könnten, als es thatsächlich der Fall ist. So aber wissen weder die Deutschen noch die andern Volksstämme, daß sie eigentlich als Werkzeuge einer für ihre nationalen Bestrebungen im Grunde gleichgiltigen Partei ausgenutzt werden. Die letztere sucht bei den jetzt für sie unangenehmer gestalteten politischen Verhältnissen wenigstens im Trüben zu fischen, und weiß daher nur Feuer zu schüren, um die Nationalparteien zu blenden und sie zu ihrem Schaden auseinander zu bringen. Die Nationalparteien beladen einander infolge dessen mit einem Haß, der sonst nie einen solchen Grad erreicht hätte.

Eine derartige Verhezung wird gegenwärtig in Osterreich thatsächlich geübt, und die Erbitterung ist wirklich eingetreten. Die Verwirrung der Gemüter wird noch dadurch vergrößert, daß die österreicheische Verfassung in ihren besondern Formen keineswegs geeignet ist, die Lösung der Nationalitätenfrage zu fördern. Die im österreicheischen Reichsrathe vertretenen Völkerschaften besitzen zwar eine besondre Länderautonomie, welche ihnen, als sie ins Leben trat, ohne Bedenken als ein Fortschritt in der Völkerbefreiung zu einer selbständigern Entwicklung erschien. Diese Entwicklung kann auch in Osterreich im Rahmen der Selbstverwaltung der Länder überall dort ungehemmt von statten gehen, wo in den einzelnen Ländern die Bevölkerung einer einzigen Nationalität ausschließlich vorherrscht. Auch könnte eine derartige Autonomie selbst in sprachlich gemischten Ländern in einer andern Zeit noch als leidlich befunden werden, in der Ära jedoch, in welcher das Nationalitätsprinzip die Wandlungen und Gestaltungen beherrscht, erweist sich die Autonomie ohne Berücksichtigung dieses Prinzips sofort als ungenügend. Im Hinblick darauf wurden die Länder in Osterreich wirklich ungünstig gestaltet, indem die meisten von ihnen Bestandteile von verschiedenen Nationalitäten umfassen. Abhilfe dagegen ist nicht leicht zu schaffen. Denn jene Nationalitäten, welche in den einzelnen Ländern die Majorität bilden, behalten gewöhnlich die

Herrschaft auch in den Landtagen, wenn auch die Verkünstelungen der Wahlordnungen hin und wieder zu andern Ergebnissen führen mögen und thatsächlich geführt haben. Die Mehrheiten sündigen in der Regel gegen Minderheiten, mögen erstere in welchem Lager immer anzutreffen sein. Solche Mehrheiten fühlen sich nicht veranlaßt, gegen eine für sie günstige Länderverfassung oder Länderarrondirung Klage zu führen; desto mehr fühlen die Minderheiten den Druck der Mehrheiten in der Zeit der Nationalitätenverhezkungen, wie sie gegenwärtig in Österreich aus den oben angeführten Gründen in verschärftem Maße betrieben werden. Gesündigt wird *intra muros et extra*; keine Partei und keine Nation ist frei von Schuld dort, wo sie der Zahl nach überwiegt. Die Verblendung der Majoritäten hier und dort bildet ein Hemmnis für eine erträgliche Veränderung der Sachlage. Die Reformversuche, die natürlicherweise von den Minderheiten ausgehen, werden einfach zurückgewiesen. Oft sind solche Entwürfe zur Umgestaltung aber auch darnach, daß sie entweder nicht verhandlungsfähig sind, oder daß sie schon in ihrer Anlage durch demütigende Zumutungen den Gegner gleichsam herausfordern.

Wenn die Deutschen in Böhmen den Vorschlag auf Zweiteilung des Königreiches eingebracht haben, so haben sie hierbei die Zustände andrer Länder nicht berücksichtigt und z. B. die Stammgenossen Steiermarks nicht aufgemuntert, der Forderung der Slowenen dieses Landes auf Abtrennung des von ihnen bewohnten Landgebietes gerecht zu werden. Die Zerstückelung einzelner Länder bei Belassung andrer in ihrer bisherigen Form führt jedoch nicht zum nationalen Frieden in Österreich.

Verfehlt erscheint darnach auch jeder Antrag oder Entwurf bezüglich des Deutschen als Staatssprache, solange man mit einigen Ländern, wie in Galizien, Tirol, Küstenland u., in dieser Hinsicht zu Gunsten gewisser Nationalitäten Ausnahmen machen zu müssen meint. Solche Anträge, zu denen auch der kürzlich im Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichsrates von Scharfshmid eingebrachte und nunmehr einem Ausschusse zur Beratung zugewiesene gehört, sind ganz geeignet, die Verdachtsgründe zu vermehren und neue Herausforderungen zu erzeugen.

Man würde fehlgehen, wenn man annähme, es sei nicht aufrichtiger Wille vorhanden, sich gegenseitig zu verständigen; nur müssen auch die Grundlagen darnach sein, daß eine Verständigung möglich ist.

Es giebt nun in Österreich schon seit einiger Zeit eine Partei, die eine Grundlage zur Einigung der Deutschen und der übrigen Volksstämme in nationaler Hinsicht gefunden zu haben glaubt. Diese Partei wird jedoch bisher totgeschwiegen, und zwar umso leichter, als sie noch keine offenen Gesinnungsgenossen im Reichsrate hat. Das Totschweigen geht von jener Partei aus, in deren Interesse es liegt, die Nationalitätenhege fortzuschüben und dagegen gerichtete Strömungen möglichst hintanzuhalten. Es liegt hierin ein

wichtiges Anzeichen dafür, daß in dem Programme der totgeschwiegenen Partei doch etwas liegen muß, was Beachtung aller echt nationalen Parteien verdient.

Die fragliche Partei nun geht von der Überzeugung aus, daß die gegenwärtige Autonomie der beliebig, vielfach sehr unnatürlich abgegrenzten Länder grundsätzlich zu verwerfen sei. Die Gruppierungen sollen nicht nach Ländern, sondern nach Nationalitäten neu hergestellt werden. Die Nationen, wie sie sind, nicht aber ihre geschichtlich berechtigten oder nicht berechtigten Ansprüche, sollen hierbei allein entscheiden.

Um bei den im Reichsrate vertretenen Nationen zu bleiben, sollen nach diesem Grundsätze die Deutschen aller Länder Eisleithaniens durch eine einzige autonome Körperschaft vertreten werden. Ebenso sollen die Tschechen Böhmens, Mährens, Schlesiens gleichfalls eine einzige Gesamtgruppe bilden u. s. w. Diese Körperschaften, welche rein nach dem Nationalitätsprinzip zu stande kämen, hätten die Aufgabe, jeden Volksstamm in seinen besondern nationalen Interessen zu vertreten, also eine Autonomie für sich zu beanspruchen, wie sie vergleichungsweise den gegenwärtigen Landtagen zukommt. Dort, wo innerhalb ein und derselben Nationalität verschiedene auseinandergehende Interessen, z. B. in kirchlichen Angelegenheiten vorhanden sind, ferner dort, wo die Volksstämme auch geographisch eine große Ausdehnung haben oder weit auseinander liegen, können für dieselbe nationale Gruppe Kreistage und neben ihnen Kreisregierungen geschaffen werden.

Auf diese Weise bekäme man sozusagen Nationallandtage mit einer echt nationalen Autonomie, und das Zentralparlament, welches auch nach diesem Programme notwendig erscheint, hätte hiernach nur die wirklich gemeinschaftlichen Reichsangelegenheiten zu verhandeln.

Dieselbe Partei, die man mit Fug und Recht als diejenige der Nationalautonomen bezeichnen könnte, ist dadurch, daß sie die wichtigsten Staatsinteressen dem Zentralparlamente zur Verhandlung überläßt, prinzipiell gegen jede Schwächung des Staates durch autonome Gewalten nach Art der Bestrebungen der bisherigen Länderautonomen; die Partei ist zentralistisch gesinnt und perhorresziert jedwede Art des Föderalismus.

Nach diesem Programme würden sich die einzelnen Nationalitäten frei entwickeln können, ohne durch Mehrheiten anderer Stämme vergewaltigt zu werden, und die Völker würden sich, da ihre nationale Existenz nicht gefährdet erschiene, kräftig entfalten und das Reich selbst durch sie erstarren können.

Die Partei, die sich zu einem solchen Programme bekennt, läßt auch das Deutsche als Staatssprache gelten, wo immer die Reichsinteressen es erfordern.

Damit würde den nationalen Kämpfen auf einmal ein Ende gemacht sein, und die Deutschen hätten doch vor den übrigen Nationen den Vorrang. Einen

Schaden hätte keine Partei, mit Ausnahme derjenigen, der der Nationalitätenkampf nur als Mittel für abseits gelegne Zwecke so treffliche Dienste leistet. Die Polen und die Magyaren würden die bisherige Rolle, die sie unverdienterweise in die Hand bekamen, freilich auch mit einer bescheidneren neben den andern Nationalitäten vertauschen müssen; umsomehr würden alle Völkerstämme und das Gesamtreich gewinnen. Deshalb werden neben den Magyaren auch die Polen von den Nationalautonomisten gleichmäßig bekämpft.

Das Programm der Nationalautonomisten findet seine nähere Begründung und Durchführung in einer Broschüre, welche dieser Tage in Wien erschienen ist und sich als Programm zur Durchführung der nationalen Autonomie in Oesterreich betitelt.*) Der Partei dient bisher nur eine einzige Zeitung, der „Parlamentär“ in Wien; dennoch zählt sie schon zahlreiche Anhänger in verschiedenen Ländern Oesterreichs, namentlich auch in Ungarn, obgleich dem genannten Blatte der Vertrieb dorthin durch die Post entzogen ist.

Da das Programm nach einem natürlichen, gegenwärtig ausschlaggebenden Grundsätze durchgeführt ist, so ist man zu der Annahme berechtigt, daß sofort bei seinem Bekanntwerden in weitem Kreisen die Gesinnungsgenossen zahlreich und mächtig anwachsen werden.

Wenn man die Parteien der verschiedensten Richtung in Oesterreich überblickt, so stellt es sich heraus, daß keine derselben dem Reichsinteresse und den Bedürfnissen der Völker Oesterreichs in dem Grade zu entsprechen vermag, als die Partei mit dem Programme der nationalen Autonomie. Diese einzige hat auch in der Konsequenz mit sich selbst die Bildung des deutschen Klubs sympathisch begrüßt, während ihm andre teils absichtlich, teils aus Mißverständnis feindlich begegnet sind. Einzelnen Mitgliedern des deutschen Klubs werden jetzt allerdings mit Recht mancherlei Ausschreitungen zur Last gelegt; allein es ist dieser Vorwurf derjenigen Partei mit zu übertragen, in deren Schule einzelne Mitglieder des deutschen Klubs Jahre hindurch gegangen sein mögen. Auch ist zu bedenken, daß der Klub bisher noch keine Zeit gewinnen konnte, um in Ruhe seine Aufgaben vorzunehmen. Deshalb ist zu hoffen, daß er als Ganzes nach und nach eine Stellung einnehmen werde, die seiner und des deutschen Volkes würdig erscheint, und von der aus es ihm möglich wird, die Vorwürfe, mit denen er gegenwärtig überschüttet wird, durch Thatfachen zu widerlegen.

Sedenfalls kann dieser Klub alsdann vor allem auf die moralische Unterstützung der Nationalautonomisten rechnen; die letztern gehen nämlich von der Ansicht aus, daß ein Klub, welcher gegen die „Korruption“ offen vorzugehen gewillt ist, auch am geeignetsten erscheint, mit andern Parteien zur Verständigung

*) Separatabdruck aus dem „Parlamentär,“ Wien, 1886. Verlag des „Parlamentär,“ Wien, Lerchenfelderstraße Nr. 25. Preis 1 Gulden.

in Verhandlungen zu treten. Die Partei der Nationalautonomisten kommt ihm mit ihrem fertigen Programme wie gelegen, um ihm Gelegenheit zur Betätigung zu geben. Denn er selbst hatte bisher keine Muße zu selbständigen Entwürfen und versuchte zunächst zu dem Stellung zu nehmen, was ihm in politischer Hinsicht von der Manchesterpartei geboten wurde.

Nach aller Berechnung haben nunmehr der deutsche Klub und die Nationalautonomisten, die im Reichsrate noch durch keine Mitglieder vertreten erscheinen, die größte und beste Aussicht, sich nicht nur als lebensfähig, sondern als mächtig genug zu erweisen, um schließlich den nationalen Frieden in Österreich herzustellen, und die nächste gründliche Umgestaltung der Verfassung und der Reichsform vorzunehmen. Die bisherigen Länderautonomisten sind ohnehin, mit Ausnahme etwa der Polen, in ihrem Wesen eigentlich Nationalautonomisten; nur wußten sie nicht, wie sie sich aus der Klemme der Länderautonomie, in die sie ohne ihre Absicht gerieten, heraushelfen sollten.

So bleibt nur die Partei der Bourgeois übrig, die mit dem deutschen Klub auf die Länge umsoweniger in Freundschaft einhergehen kann, als dieser Klub den ernststen Willen zeigt, die Hebel für die Wirtschaft der österreichischen Völker dort anzusetzen, wo Schätze für das Reich und die Nationen zu heben sind. Zwischen ihm und den Bourgeois im deutsch-österreichischen Klub muß sich schließlich die Kluft umso mehr erweitern, je wahrscheinlicher es wird, daß sich die Nationalautonomisten (zu denen sich ohne Zweifel die gegenwärtige Rechte bekehren wird) und der deutsche Klub einander nähern werden, sobald die Spannung abnimmt oder sobald auch nur allgemeiner begriffen wird, daß dieselbe bloß künstlich genährt wird.

Es könnte sich wirklich ereignen, daß sich die echten Volksvertreter und wahren Patrioten in Österreich über die liberale Partei hinweg einigen. Als dann trifft die Bourgeois dasselbe verdiente Loos, welches ihnen im deutschen Reichstage schon reichlich zuteil geworden ist. Auf jeden Fall ist ersichtlich, wie sich in Österreich neue Parteien und Parteigruppierungen bilden mußten, und wie gerade die Macht der neuen Parteien wächst, trotz des Totschweigens, des Verdrehens und der Verdächtigungen, welche gegenwärtig in Österreich mehr denn je an der Tagesordnung sind.

